

Impfpflicht? Zwischen zwei Abstimmungen - # 08

Eine Corona-Chronik zu Wissenschaft, Kommunikation und Politik
in einer zerrissenen Gesellschaft

Am Dienstag, **30. November 2021**, spricht sich der da noch „zukünftige“ Bundeskanzler Olaf Scholz auf dem letzten von Angela Merkel geführten Bund-Länder Treffen für eine **allgemeine Impfpflicht** aus und kündigt zugleich an, dass bei der zukünftigen Abstimmung (hier: „**Zweite Abstimmung**“) im Bundestag dafür der Fraktionszwang entfallen solle.

Am Freitag, **10. Dezember 2021**, beschließt der Bundestag (hier: „**Erste Abstimmung**“) den Gesetzentwurf von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, der eine **Impfpflicht für Gesundheits- und Pflegepersonal** („einrichtungsbezogene Impfpflicht“) ab 15. März 2022 beinhaltet.

#Wir dokumentieren hier die Zeit „zwischen den Abstimmungen“, mit dem **30. November 2021 als Startpunkt**. Das Ergebnis ist ungewiss, da die zweite Abstimmung noch nicht stattgefunden hat. Sicher ist, dass diese Zeit von der Nachwelt aufgearbeitet werden wird. Insofern möge die Chronik dazu beitragen, den Überblick in der Gegenwart zu behalten und eine Rückschau zu unterstützen. **Zu welchem Urteil die Historiker wohl kommen werden?**

#Wir beleuchten die Ereignisse **systematisch anhand folgender Dimensionen**

- 1. Wissenschaftliche Erkenntnisse und Thesen**
- 2. News von Pharma/Biotech und Fachbehörden**
- 3. Kommunikative und mediale Höhepunkte**
- 4. Politische Entscheidungen und Maßnahmen**
- 5. Juristische Prozesse und Entscheidungen**
- 6. Gesellschaftlicher Diskurs und Reaktionen**

#Wir sind zu zweit, weiblich, akademisch und beruflich qualifiziert in biomedizinischer Forschung und Industrie, in Politikwissenschaft, Ökonomie und Journalismus. Wir streben nach einer ausgewogenen Darstellung derjenigen Ereignisse, die wir entscheiden aufzugreifen. Wie in einer Chronik üblich, obliegt die Auswahl dem Chronisten.

Die Chronik findet sich on-line bei dem wir-gemeinsam Bündnis <https://wir-gemeinsam-buendnis.de/chroniken/> sowie bei Eltern für Kinder e.V. <http://elternfuerkinder.de/Corona-Chronik/>, es können jeweils auch die vorherigen Einträge heruntergeladen werden. Zudem auf Medium <https://medium.com/@sabine.kaiser> - dort kann man auch „subscriben“.

Es folgt der Chronikeintrag #08, für die Zeitspanne vom 5.2.2022 bis zum 11.2.2022. Die anhaltend hohen Infektionszahlen mit Omicron finden kaum noch Beachtung, seit klar ist, dass sie für die Krankenhäuser nicht problematisch sind. Zunehmend zum Problem wird jedoch die anstehende Impfpflicht in der Pflegebranche, von der Bayern ankündigt, sie zunächst nicht umzusetzen. Der 20.03.22 kommt als „Freedom Day“ ins Spiel, quasi automatisch, falls es auf Bundesebene keine Maßnahmenverlängerung gibt. „Konsens“ im Bund gibt es derzeit aber zu nichts. Die kanadischen Trucker-Proteste zünden in Europa in unterschiedlichem Maße. Der eine oder andere Politiker gießt gerne weiter Öl ins Feuer. Große Zeitungen fangen an, die zunehmende Sehnsucht nach Normalität aufzugreifen.

Chronikeintrag #8 am 11.02.2022

1. Wissenschaftliche Erkenntnisse und Thesen

Das **Statistische Bundesamt (Destatis)** teilt am Montag, den **07.02.2022** mit, <https://www.presseportal.de/pm/32102/5139972> dass die für Dienstag, den **08.02.2022** angekündigte **Pressemitteilung** mit dem Titel „**Sterbefallzahlen in Deutschland (vorläufig) Januar 2022**“ entfällt. **Gründe werden nicht genannt.** Die **Meldung zur Nichtmeldung überrascht** und gibt Raum zur Spekulation, vor allem gegeben die Brisanz des Themas der nicht erklärten „Übersterblichkeit“, mit dem Elefanten „Impffolgen“ im Raum. Am Freitag, den **11.02.2022** werden die Januar-Sterbezahlen dann für nächsten Dienstag avisiert.

In der letzten verfügbaren Statistik zum Thema, einer Sonderveröffentlichung zu den gesammelten Sterbefallzahlen 2020 bis 2022 vom **01.02.2022**, hieß es zu den erhöhten Sterbezahlen im Herbst und Winter 2021: „Die **gemeldeten COVID-19-Todesfälle im Herbst und zum Jahresende 2021 erklären die erhöhten Sterbefallzahlen nur zum Teil.** Für den zusätzlichen Anstieg der Sterbefallzahlen sind mehrere Ursachen denkbar.“ Der Beitrag einzelner möglicher Effekte ließe sich allerdings derzeit nicht beziffern. Laut Destatis sind **im Oktober 2021 um 11 Prozent mehr Menschen in Deutschland gestorben** als im Mittel der vier Vorjahre, im **November** waren es **21** und im **Dezember 22 Prozent mehr.** <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/sterbefallzahlen.html>

Aktuelle **Ergebnisse einer Primatenstudie** mit dem neuen, **Omicron spezifischen Booster von Moderna** zeigen **keine Verbesserung gegenüber einer Boosterung mit dem ursprünglichen Impfstoff.** Die Studie an sich wurde am 04.02.2022 als preprint <https://www.biorxiv.org/content/10.1101/2022.02.03.479037v1> veröffentlicht, am Dienstag, den **08.02.2022** erscheint dann dazu eine **Zusammenfassung auf arstechnica.com**, die **zusätzlichen Hintergrund** liefert. <https://arstechnica.com/science/2022/02/monkey-study-casts-doubt-on-need-for-an-omicron-specific-booster/>

Als Grund für die fehlende, bessere Wirksamkeit gegen Omicron bei Boosterung mit dem Omicron spezifischen Booster nennen die **Autoren selbst** das Konzept der „**OAS**“, der **Original Antigenic Sin**, wonach der Körper bei Kontakt mit einem sehr ähnlichen Antigen die gleiche Antikörperproduktion startet, die durch das Antigen ausgelöst wurde, das er zuerst gesehen hat. Der **Omicron-Booster-Shot** war also **nicht in der Lage, eine Omicron spezifische Antikörperantwort zu stimulieren**, vielmehr wurden wieder die Memory-B-Zell-Klone reaktiviert, die bereits das Spike Protein des ursprünglichen Impfstoffes gesehen hatten, und Antikörper produzieren, die nur dank einer gewissen Kreuzreaktivität auch Omicron zumindest leidlich erkennen. Soweit so gut - oder eher schlecht.

Zusätzlich interessant nämlich der Hinweis von arstechnica, dass **dies nicht die erste dahingehende Erfahrung** von **Moderna** ist. Die Firma hatte bereits **versucht, einen verbesserten, Beta spezifischen Impfstoff herzustellen** (also gegen eine der zwischenzeitlich dominanten Virenvarianten), und war dabei ebenfalls zunächst in Primatenstudien und auch in einem späteren Schritt mit Menschen gescheitert. Offenbar lässt sich **mit den mRNA-Vakzinen die Immunantwort** also **nicht durch angepasste Impfstoffe auf spätere**

Folgevarianten anpassen bzw. ausweiten. Das schnell tun zu können war aber eines der zentralen Versprechen der mRNA-Impfstoffe gewesen!

Was also nun, wenn solche Folgevarianten zwar Omicron ähnlich, aber kaum noch Wuhan/Delta Typ ähnlich sein werden – wie reagiert dann das Immunsystem des per mRNA Impfung und ggf. sogar mehrfacher Boosterung „falsch“ Trainierten? Gibt es für diese Person dann noch einen Impfschutz, bzw. falls nein, kann das eigene Immunsystem wenigstens wirkungsvoll reagieren? Oder wird es lediglich wirkungslose Anti-Wuhan-Typ-Antikörper reaktivieren? **Wäre vielleicht ein multivalentes Vakzin oder ein klassischer Totimpfstoff doch die sicherere Wahl für eine Massenimpfkampagne gegen SARS CoV-2 gewesen? OAS war jedenfalls exakt das Phänomen, von dem viele im Vorfeld warnten, dass es bei dem gewählten Vorgehen eintreten könnte – und was es offenbar tut.**

Auch zu einer anderen, wissenschaftlichen Frage zu SARS CoV-2 **kommt in der aktuellen Periode die Diskussion aus der Anfangszeit der Pandemie mit Vehemenz zurück** - aufgrund neuer Informationen, neuer Anstrengungen und einer größeren medialen Bereitschaft, kritischen Stimmen Raum zu geben. Es geht um **die Frage des Ursprungs von SARS-CoV-2** und wie die Pandemie ihren Anfang nahm. Konkret: **Stammt das Virus aus dem Wuhan Institute of Technology in Wuhan, ist es „man-made“, und: gab es eventuell eine gezielte Vertuschung der Fakten?**

Bei den „**neuen Informationen**“ handelt es sich um aufgrund des FOIA (Freedom Of Information Act) Anfang Februar in den USA **bekannt gewordene E-mails von Anthony Fauci**, dem Chef-Regierungsberater für Gesundheitsfragen in den USA, im Zusammenhang mit einer umstrittenen Telefonkonferenz diverser Wissenschaftler Anfang 2020, auch unter Teilnahme von Christian Drosten. Nach dieser Telefonkonferenz folgte eine massive Kampagne zur Unterdrückung der vorher zur Diskussion stehenden Laborhypothese. Bei den neuen Anstrengungen handelt es sich um die **erneut erhobene Stimme von Roland Wiesendanger, Physikprofessor in Hamburg und Mitglied der Leopoldina**, der bereits vor einem Jahr seine Thesen zum Laborursprung des Virus publik gemacht hatte und dafür insbesondere im deutschsprachigen Raum als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt worden war. Medien, die ihm Raum geben, sind das Magazin für Politische Kultur **Cicero** am 02.02.2022 <https://www.cicero.de/kultur/coronavirus-labor-christian-drosten-roland-wiesendanger-wuhan-anthony-fauci-emails>, die Neue Zürcher Zeitung **NZZ** im Feuilleton am 03.02.2022 <https://www.nzz.ch/feuilleton/kommt-das-virus-aus-einem-labor-in-wuhan-dem-raetsel-auf-der-spur-ld.1666314> sowie **Welt-TV** am Mittwoch, den **09.02.2022** <https://www.youtube.com/watch?v=O9GaFuyoYoE>

Sein **Vorwurf** gegen Anthony Fauci, Christian Drosten und weitere Beteiligte lautet auf die **gezielte Vertuschung eines Laborunfalls** in Wuhan, der bereits im **August 2019** stattgefunden habe und **durch Zeugenaussagen bestätigt** sei. Dieser musste vertuscht werden, um die Weltöffentlichkeit von der Tatsache abzulenken, dass unter Umgehung des Moratoriums im eigenen Land mit Hilfe amerikanischer Steuergelder **in Wuhan eben auch US-Wissenschaftler** die höchstgefährlichen, sogenannten „**gain of function**“ **Studien** an Viren **durchführten**. Dies sind Versuche, existierende Viren künstlich gefährlicher zu machen, zum angeblichen „Erkenntnisgewinn“ – sie sind extrem umstritten, denn Laborunfälle kommen immer wieder vor, auch bei der höchsten Sicherheitsstufe. Zudem ist die dahinterstehende Motivation im besten Fall zweifelhaft.

Der **Vertuschungsvorwurf** von Roland Wiesendanger und anderen richtet sich in Deutschland unmittelbar **gegen Christian Drosten**, der bereits **2014 Teil einer Initiative** von Wissenschaftlern war, die sich erfolgreich **gegen eine stärkere Regulierung solcher gefährlichen Experimente** eingesetzt hatte, siehe seine namentliche Erwähnung: <https://www.cidrap.umn.edu/news-perspective/2014/07/scientists-voice-support-research-dangerous-pathogens> Der Beschuldigte geht daraufhin in die Offensive. Quer durch die deutsche Zeitungswelt werden Gegenstatements von Christian Drosten veröffentlicht, u.a. in der SZ vom Dienstag, den **08.02.2022** <https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/drosten-coronavirus-ursprung-labor-1.5524513>. Am Mittwoch, den **09.02.2020** reicht **Dr. Markus Kühbacher**, deutscher Journalist und Chemiker, **Strafanzeige gegen Christian Drosten** ein, wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung sowie wegen des Verdachts der versuchten Strafvareitelung, wie er laut Twitter bekanntgibt. <https://twitter.com/kuehbacher/status/1491361679317553154> Es ist zweifelhaft, dass der Geist des „Laborursprungs“ diesmal so einfach wieder in die Flasche zurückgedrängt werden kann.

2. Pharma/Biotech und Fachbehörden

Die Untersuchung und Quantifizierung der Nebenwirkungen von Impfungen ist in Europa eine von der **EMA**, der Europäischen Arzneimittelbehörde, wahrgenommene Aufgabe, in Deutschland ist das **Paul Ehrlich Institut (PEI)** für die diesbezügliche Datensammlung zuständig. Am Montag, den **07.02.2022** veröffentlicht das PEI seinen neuesten Sicherheitsbericht zu den „**Verdachtsfällen von Nebenwirkungen und Impfkomplicationen** nach Impfungen zum Schutz vor COVID 19 seit Beginn der Impfkampagne am **27.12.2020 bis zum 31.12.2021**“, der letztvorherige war am 23.12.2021 erschienen und ging bis zum 30.11.2021. https://www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/dossiers/sicherheitsberichte/sicherheitsbericht-27-12-20-bis-31-12-21.pdf?__blob=publicationFile&v=5

Die Daten beziehen sich auf **Corminaty** (Pfizer/BioNTech, bedingt zugelassen seit 21.12.2020), **Spikevax** (Moderna, bedingt zugelassen seit 06.01.2021), **Vaxzevia** (AstraZeneca, bedingt zugelassen seit 29.01.2021) und **COVID-19 Vaccine Janssen** (Johnson & Johnson, bedingt zugelassen seit 11.03.2021). In Deutschland wurden bis zum Stichtag der Auswertung **148.760.720** Impfungen mit diesen vier Impfstoffen durchgeführt, davon 110.533.639 Impfungen mit **Comirnaty (fast 75%)**, 21.912.123 Impfungen mit Spikevax, 12.738.494 Impfungen mit Vaxzevia und 3.576.464 Impfungen mit COVID-19 Vaccine Janssen. Insgesamt wurden für Deutschland **244.576 Verdachtsfälle einer Nebenwirkung** nach diesen Impfstoffen gemeldet. Die Melderate betrug für alle zusammen 1,64 Meldungen pro 1.000 Impfdosen, **für schwerwiegende Reaktionen 0,20 Meldungen pro 1.000 Impfdosen**. In **2.255 Verdachtsfallmeldungen** wurde **über einen tödlichen Ausgang** berichtet (0,02 pro 1.000 Impfdosen). Davon hat **in lediglich 85 (!) Einzelfällen** „in denen Patienten an bekannten Impfrisiken wie Thrombose-mit-Thrombozytopenie-Syndrom (TTS), Blutungen aufgrund einer Immunthrombozytopenie oder Myokarditis im zeitlich plausiblen Abstand zur jeweiligen Impfung verstorben sind“ das **Paul-Ehrlich-Institut** den **ursächlichen Zusammenhang** mit der Impfung als **möglich oder wahrscheinlich bewertet**. Bei **Kindern werden acht Verdachtsmeldungen auf einen tödlichen Ausgang** im Abstand von zwei Tagen bis fünf Monaten nach Impfung mit Corminaty berichtet. **Wie ist das nun alles zu werten?**

Für das PEI ist die Sachlage klar: „Impfungen mit wirksamen und verträglichen COVID-19-Impfstoffen sind eine effektive Maßnahme, die Corona-Pandemie einzudämmen und sich selbst vor COVID-19 zu schützen.“ Und „Nach derzeitigem Kenntnisstand sind schwerwiegende Nebenwirkungen, die im Folgenden zusammengefasst dargestellt werden, sehr selten und ändern nicht das positive Nutzen-Risiko-Verhältnis der Impfstoffe.“ So der erste und der letzte Satz der einseitigen Einleitung. Nun ist aber mittlerweile hinlänglich bekannt, dass **der erste Satz, zur Effektivität der Impfstoffe, schon bei der Delta-Variante nicht mehr Bestand hatte und seit Omicron schlicht falsch ist. Wie glaubhaft ist also dann die zweite Schlussfolgerung, dahingehend, dass die Nebenwirkungen „selten“ sind, und „nicht das positive Nutzen-Risiko-Verhältnis der Impfstoffe ändern“?**

Hierzu folgende Darstellung von **Transparenztest.de**, dem „Portal für transparente Informationen in der Pandemie“, das am Sonntag, den **06.02.2022** die aktuellen Daten der EMA zu den Nebenwirkungen der COVID-19-Impfstoffe mit Stichtag 28.01.2022 präsentiert <https://www.transparenztest.de/post/ema-415303-der-1466095-gemeldeten-covid-impf-nebenwirkungen-sind-schwer>. Zu diesem Stichpunkt listet die EMA für Europa **1.466.095 personenbezogene Verdachtsfall ADR** („Adverse Drug Reactions“) **Reports** auf, knapp **32%** davon sind als schwer kategorisiert. Für **Kinder** sind **22.349 ADR-Reports** gelistet, davon **41% mit schweren Nebenwirkungen**. „Schwere Nebenwirkungen“ sind lebensbedrohlich oder haben einen tödlichen Verlauf, bedingen einen stationären Krankenhausaufenthalt oder die Verlängerung eines solchen oder führen zu anhaltender oder signifikanter Behinderung oder Erwerbsunfähigkeit.

Normiert auf je 1 Mio. Impfdosen ergeben sich mit den EMA Daten bei den Covid-Impfstoffen **293** schwere Nebenwirkungen, **laut PEI in Deutschland** sind es **212**. Im Vergleich dazu stehen **1,46** solch schwere Nebenwirkungen **pro 1 Mio. Impfungen laut PEI auf Basis der Daten für alle** in den Jahren **2000-2020** in Deutschland **eingesetzten Impfstoffe**. Diese Diskrepanz zeigt eindrucksvoll die **nie vorgekommene Dimension der Nebenwirkungen, die hier in Kauf genommen werden** – sie sind **200-fach häufiger, als bisher für Impfstoffe etabliert!** Insofern eine fragliche Aussage des PEI, sie kommentarlos als „selten“ zu charakterisieren.

Für die Verdachtsfälle auf **Todesfolge** ergeben sich, **bezogen auf je 1 Mio. Impfdosen**, 12,7 Tote bei den Covid-Impfstoffen laut EMA Daten, **laut PEI in Deutschland 15,6**. Im Vergleich dazu stehen **0,7 Tote pro 1 Mio Impfdosen** für die **zwischen 2000 und 2020 in Deutschland eingesetzten Impfstoffe** – eine 17-fach höhere Quote also für die Covid-19-Impfstoffe im Vergleich zur bisherigen Norm.

Es sind bisher **laut EMA in Europa** insgesamt **rund 150 Verdachtsfälle auf Todesfolge nach Impfung bei Kindern** gemeldet worden. Unter den EMA ADR-Verdachtsfällen **bei Kindern** sind nach aktuellem Stand ca. 1.600 mit Myokarditis, ca. 800 mit akuter Herzerkrankung, ca. 300 mit Lähmungen und über 100 mit Thrombose/Embolie. Dies, obwohl die Impfkampagne für Kinder zwischen 12 und 15 Jahren im Wesentlichen erst seit Mitte des Jahres 2021 angelaufen ist und die jüngsten (5-11 Jahre) erst seit Mitte Dezember 2021 geimpft werden. Und dies bei einer Impfung gegen einen Atemwegsinfekt, der bei Kindern typischerweise harmlos verläuft.

Nach Krankheitsbild sticht ins Auge, dass **besonders viele Verdachtsfälle Krankheitsbildern mit schneller oder abrupter Todesfolge** zuzuordnen sind: Herzinfarkt, Atemnot, Thrombose

& Embolie sowie Schlaganfall. Damit stellt sich die Frage, wie viele Todesfälle dieser Art überhaupt gemeldet werden, wenn sie nicht zeitlich unmittelbar nach einer Impfung erfolgen. Die **Dunkelziffer bezüglich nicht erfasster ADRs liegt nach diversen Expertenschätzungen ohnehin generell extrem hoch, bei ca. 95-99%**.

Die **Datenquelle in den USA** zur Überwachung der Nebenwirkungen von Impfstoffen ist das gemeinsam von der CDC (Centers for Disease Control and Prevention, die amerikanische Seuchenbehörde) und der FDA (die amerikanische Zulassungsbehörde) betriebene **Vaccine Adverse Event Reporting System (VAERS)**. Beide Behörden unterstehen dem US-Gesundheitsministerium. Über die Website **OpenVaers.com** (non-profit Projekt) ist diese Datenbank auch für die Öffentlichkeit zugänglich. Per Stichtag 28.01.2022 ist dort eine **Statistik zum Auftreten von Myo-/Pericarditis** (Herzmuskelentzündung) zugänglich, die so einfach wie schockierend ist <https://openvaers.com/covid-data/myo-pericarditis> Demnach **stiegen die Fälle in 2021 steil an** und umfassen in fast allen Altersklassen **mehr als das Tausendfache der Myo-/Pericarditis-Fälle aller Impfungen des vergangenen Jahrzehnts**. Deutlich erkennbar die besondere Betroffenheit der 15-30-jährigen Altersgruppen und ein häufigeres Auftreten nach der zweiten im Vergleich zur ersten Impfung. **Auch die Todesraten** aufgrund „adverse reactions“ auf Impfungen stiegen in den USA laut VAERS in 2021 **sprunghaft** an, in ungesehene Größenordnungen: <https://openvaers.com/covid-data/mortality>. **Wie ist das zu bewerten, wenn nicht als besorgniserregend?**

Tatsächlich gibt es in **Deutschland eine weitere Quelle**, aus der Erkenntnisse zu Impfschäden zu ziehen sind, die **InEK Datenbank**. Bei InEK handelt es sich um das „**Institut für das Entgeltssystem im Krankenhaus**“, das die Aufgabe hat, Daten über Leistungsgeschehen von Krankenhäusern zu erfassen. Unter den entsprechenden ICD Kodierungen (ICD: „International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems“, also: „Internationale Klassifikation der Krankheiten“) finden sich Hinweise auf Impfschäden, konkret T88.0, T88.1, Y59.9 und, neu seit April 2021: U12.9 - unerwünschte Nebenwirkungen bei der Anwendung von COVID-19-Impfstoffen.

Der Datenanalyst und Buchautor **Tom Lausen** hat in einem aktuellen **Interview mit Milena Preradovic** am 28.01.2022 (hier in Kurzform: <https://odysee.com/@News23:a/280120221:2>) seine diesbezüglichen **Auswertungen** vorgestellt, eine Zusammenfassung der Ergebnisse findet sich auch auf reitschuster.de, veröffentlicht am 31.01.2022 <https://reitschuster.de/post/impfschaeden-durch-krankenhausabrechnungen-belegt> . Er **vergleicht für die Jahre 2019, 2020 und 2021** jeweils die Monate Januar bis September (da für 2021 keine aktuelleren Daten vorliegen). Deutschlandweit hat es 2019 bei den über 10-Jährigen 903 Fälle mit Impfnebenwirkungen gegeben, 2020 gab es 879 Fälle, also sehr ähnlich. In **2021 werden jedoch insgesamt 18.625** Fälle mit Impfnebenwirkungen registriert - **21mal höher als in den Vorjahren!** 2.153 von den abgerechneten Fällen mit Impfschäden befanden sich auf Intensivstation. 18- bis 29-Jährige sind mit knapp 18 Prozent am meisten von den Impfschäden betroffen. Von den 18.625 Fällen sind **annähernd 13.000 ausschließlich** mit der Diagnose „**unerwünschte Nebenwirkungen bei der Anwendung von COVID-19-Impfstoffen**“ registriert worden. Diese **Fälle** sind nicht mehr als Verdachtsfälle zu bewerten. Sie sind von den Krankenhäusern **als Impfschäden abgerechnet** worden und **gelten somit als bestätigte Fälle**.

Auch in der **Medikamentenentwicklung** läuft nicht immer alles glatt, auch nicht für Pfizer. Am Dienstag, den **08.02.2022** wird bekannt, dass Pfizer die Entwicklung des intravenös zu verabreichenden Pendants zu Paxlovid zum Einsatz bei hospitalisierten COVID-19 Patienten einstellen wird. Die **Daten aus einer klinischen Studie** unter Federführung des NIH (National Institute of Health) waren **für den Wirkstoffkandidaten PF-07304814 nicht gut genug**. Er teilt damit das Schicksal mehrerer Wirkstoffkandidaten anderer Firmen, die sich in diesem klinischen Kontext **in der schweren Erkrankungsphase ebenfalls nicht bewähren**.

https://www.fiercebiotech.com/biotech/pfizer-a-rare-covid-19-setback-dumps-paxlovid-s-intravenous-sibling-to-leave-activ-3-future?utm_source=email&utm_medium=email&utm_campaign=LS-NL-FierceLifeSci&oly_enc_id=7010E1572889I6B

Aus Sicht der Börse gibt es zu dem **mRNA Vakzin** Geschäft zunehmend auch **kritische Stimmen**. Dabei wird unter anderem die **Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA** aus dem Januar 2022 **gegen die Rechtmäßigkeit von** Impfverpflichtungen für Angestellte größerer, privater Firmen („**vaccine mandates**“) aufgeführt. Damit scheint das **Umsatzsteigerungspotenzial kurzfristig ausgeschöpft**, so das Argument eines Analysten, der für Moderna eine Verkaufsempfehlung ausspricht. Pfizer habe unlängst bei der Veröffentlichung der Quartalszahlen für Corminaty bereits einen 5%igen Umsatzrückgang gegenüber dem Vorquartal berichtet. Mit **Beginn der endemischen Phase** sei die Attraktivität der **Marktopportunität für die mRNA Impfstoffe** deutlich **zurückgegangen**.

https://seekingalpha.com/article/4485864-modernas-windfall-coming-to-end?mailingid=26675819&messageid=must_reads&serial=26675819.3016963&utm_campaign=Must%2BRead%2BFebruary%2B11%2C%2B2022&utm_content=seeking_alpha&utm_medium=email&utm_source=seeking_alpha&utm_term=must_reads

3. Kommunikative und mediale Höhepunkte

Am Wochenende, Samstag/Sonntag den **05./06.02.2022** bestimmt **das RKI** diesmal nicht durch inhaltliche Entscheidungen, sondern durch den „**Fall**“ **Lothar Wieler** das mediale Geschehen. Wobei unklar ist, ob es sich eigentlich um den „**Fall**“ Wieler **oder den „Fall“ Karl Lauterbach** handelt, denn im Wesentlichen handelt es sich bei den Kritikpunkten um Abstimmungsprobleme zwischen den beiden. Der Stein kommt jedenfalls ins Rollen durch die **Kritik des designierten FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai** an dem RKI-Präsidenten in einem „Spiegel“-Interview am Samstag, den **05.02.2022**, in dem er **sogar eine Ablösung andeutet**. Noch am gleichen Tag **stellen sich Vertreter der Grünen** sowie **Bundeskanzler Olaf Scholz hinter ihn**, auf die Frage, **ob Wieler noch das Vertrauen des Kanzlers genieße**, sagte eine Regierungssprecherin am Samstag: „**Ja**“. Trotzdem hält die Diskussion über das Wochenende hinweg an <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/gruene-fdp-wieler-101.html> und kommt auch danach nicht zum Erliegen. Am Dienstag, den **08.02.2022** legt beispielsweise Christian Lindner nach und kritisiert Wielers Vorgehen, „es sei aber Sache von Gesundheitsminister Karl Lauterbach, ihm das Vertrauen auszusprechen“ <https://www.tagesschau.de/inland/rki-wieler-lindner-101.html>.

Einen anderen Blick auf die Thematik hat das Medienportal „**ThePioneer**“ – dort sieht man den Minister in der Verantwortung, dem man einen zweifelhaften Umgang mit der Wahrheit attestiert, so am Donnerstag, den **10.02.2022** mit dem Morning Briefing Titel: „Robert Koch

Institut contra Ministerium: **Prof. Lauterbach oder die Feigheit vor den Fakten**“, Gesundheitsminister Karl Lauterbach habe das „**Schattenreich der Halbwahrheiten**“ betreten. <https://www.thepioneer.de/originals/steingarts-morning-briefing/briefings/prof-lauterbach-oder-die-feigheit-vor-den-fakten-oder-greenpeace-aktivistin>

Am Samstag, den **05.02.2022** „konkretisiert“ sich einer der fraktionsübergreifenden Vorschläge zur Impfpflicht, die des längeren in Vorbereitung sind. Der Vorschlag stammt von den **SPD-Abgeordneten Wiese, Baehrens und Schmidt**, den **Grünen Dahmen und Steffen** sowie **Helling-Plahr** und **Strack-Zimmermann** von der **FDP**, die die Grundzüge ihres Vorschlages zu einer Corona-Impfpflicht ab 18 Jahren in Form eines **einseitigen Eckpunktepapiers** vorlegen. Dabei bleiben notwendigerweise viele Frage offen. Man erfährt aber, dass die Pflicht **bis zum 31.12.2023 befristet** sein soll, dass **drei Impfungen** benötigt werden, dass man sich den Impfstoff aussuchen dürfe, und dass **zur Durchsetzung mit den Krankenkassen zusammengearbeitet** werde. Diese sollen die Impfnachweise anfordern, „versichertenindividuell“ auf einem „Impfportal“ „datensparsam und -geschützt“ „sammeln“, und dann soll **per Bußgeldbescheid exekutiert** werden. Von Zwangsimpfung und Erzwingungshaft soll immerhin Abstand genommen werden. <https://www.deutschlandfunk.de/ampel-abgeordnete-legen-eckpunkte-fuer-impfpflicht-vor-112.html>

Offenbar hatten die Parlamentarier vor der Verabschiedung ihres Eckpunktepapiers mit der darin enthaltenen Aufgabenzuweisung an die Krankenkassen diese nicht konsultiert. Denn der **Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV)** erteilt diesem Vorstoß am Donnerstag, den **10.02.2022 eine klare Absage**. Die Kassen seien bereit, ihrem Auftrag zur Information und Beratung der Versicherten nachzukommen. „Die **Durchsetzung und Kontrolle einer eventuellen gesetzlichen Impfpflicht wäre** dagegen die **Aufgabe des Staates**“. Die **Parlamentarier** wiederum zeigen sich **davon unbeeindruckt**, so Dirk Wiese zu den Funke-Zeitungen: „Wir wollen den Weg über die Krankenkassen gehen. Dies ist aus unserer Sicht sinnvoll, rechtlich zulässig und auch durchführbar.“ Die Parlamentariergruppe wolle den Gesetzentwurf noch „vor der kommenden Woche“ veröffentlichen. <https://www.tagesschau.de/inland/krankenkassen-kontrolle-impfpflicht-101.html>

Am **Montag, den 07.02.2022** sorgt der Auftritt von Bayerns Ministerpräsident **Markus Söder** für **Wirbel**, der die ganze weitere Woche prägt und nicht abzuebben scheint. Die Nachricht um 7 Uhr in der Früh auf BR24 ist noch im Rahmen des Erwartbaren – Söder will die Sperrstunde in Bayern nach hinten verschieben - künftig solle sie bis 23:00 oder bis um Mitternacht verschoben werden, das Kabinett würde am Folgetag den entsprechenden Beschluss fällen <https://www.br.de/nachrichten/meldung/soeder-will-sperrstunde-in-bayern-nach-hinten-verschieben,300467365>. Nach der Sitzung des CSU-Parteivorstands am selben Tag wird es dann deutlich spannender – Markus Söder kündigt an, dass **Bayern den Vollzug der einrichtungsbezogenen Impfpflicht im Gesundheitswesen**, die zum 15.03.2022 gesetzlich in Kraft tritt, „**de facto**“ **aussetzen werde**, für wie viele Monate müsse man sehen. Grund sei, dass die **partielle Impfpflicht die Pflegesituation deutlich verschlimmern könne**. **Zudem** sei sie **kein wirksames Mittel, um die jetzige Omicron-Welle zu dämpfen oder zu stoppen**. Bayern hatte im Dezember im Bundesrat dem Gesetz zugestimmt. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/bayern-will-einrichtungsbezogene-corona-impfpflicht-vorerst-aussetzen,Swk780T>

Bereits die unmittelbaren Reaktionen, ebenfalls am Montag den **07.02.2022**, sind vielfältig. „Wenn eine Norm vorhersehbar scheitert, dann gibt es nur eine Lösung: **Bund und Länder müssen ihren Fehler revidieren**“, sagt Stiftungsvorstand **Eugen Brysch** von der Deutschen Stiftung Patientenschutz, er stellt das ganze Gesetz in Frage, Bayerns Vorgehen sei aber auch kein „gangbarer Weg“, sondern ein verfassungsrechtlicher Verstoß. **CDU-Chef Friedrich Merz fordert die Bundesregierung auf**, die Teil-Impfpflicht für Pflegekräfte **bundesweit auszusetzen**. Und auch Sachsens Ministerpräsident **Michael Kretschmer** (CDU) sekundiert und fordert eine Verschiebung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht gleich um mehrere Monate. Die **Bedenken aus dem Gesundheits- und Pflegebereich müssten ernst genommen werden**. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/corona-virus-sachsen-ticker-freitag-elfter-februar-100.html> Hingegen „rügt“ der Bundesgesundheitsminister **Karl Lauterbach den Bayrischen Ministerpräsidenten**, der **solle das beschlossene Gesetz ernst nehmen**. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/teil-impfpflicht-rufe-nach-ruecknahme-karl-lauterbach-ruegt-markus-soeder,SwIRG0U>. Und auch **die Grünen finden Söders Verhalten unverantwortlich**. Der bayerische **FDP-Landeschef Martin Hagen** findet es dagegen **in der Sache richtig**, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht hinterfragt wird, merkt aber an, dass **auch Bayern Teil der Bundesrepublik Deutschland sei**. Via Twitter legt er am gleichen Tag noch nach: „Söder wollte die einrichtungsbezogene Impfpflicht. Jetzt kündigt er an, sie in Bayern nicht zu vollziehen.“ Gleichzeitig fordere Söder eine allgemeine Impfpflicht für alle. „**Ist das noch Politik oder schon Satire?**“

In den Folgetagen ebbt die Diskussion um Markus Söders Vorstoß nicht ab, **seine Forderung nach Aufschub** der einrichtungsbezogenen Impfpflicht wird **als verfassungswidrig kritisiert** <https://www.tagesschau.de/inland/impfpflicht-bayern-105.html> und sogar Artikel 37 des Grundgesetzes ins Spiel gebracht. „Sollte Söder bei seiner Weigerung bleiben, könnte Scholz erstmals **Artikel 37** des Grundgesetzes anwenden und mit Zustimmung des Bundesrats den sogenannten **Bundeszwang** gegenüber der bayerischen Landesregierung aktivieren. Um den durchzusetzen, **darf der Kanzler sogar einen Beauftragten mit Weisungsrecht nach München entsenden**“ erläutert das Handelsblatt im Morning Briefing am Donnerstag, den **10.02.2022**. <https://www.handelsblatt.com/meinung/morningbriefing/morning-briefing-die-rueckkehr-des-zinses/28055112.html?ticket=ST-11239210-7bxfStOCE7y0tJfZbell-ap3> In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wäre dies ein Novum.

Aus der Pflegebranche wiederum gibt es klare **Unterstützung für Markus Söder**. Diese wird zumindest in Bayern auch medial aufgegriffen, sogar vom Münchner Merkur, der bisher Kritik an Corona-Maßnahmen quasi keinen Raum gegeben hatte. Dort erscheint am Mittwoch, den **09.02.2022** ein ausführliches **Interview des Kurier Memmingen mit der Leiterin eines Pflegeheims in Ottobeuren**, mit dem Titel: „**Impfpflicht im Gesundheitswesen: Wer versorgt die Bedürftigen?**“ Susanne Vonier erläutert, dass die Versorgung der Pflegebedürftigen ohnehin kaum zu schultern sei, dass man sogar bereits eine „**selektierende Triage bei der Versorgung von Pflegebedürftigen im ambulanten wie im stationären Bereich** vorliegen habe“, dass **mit Omicron eine Impfpflicht inhaltlich in keiner Weise mehr zu rechtfertigen** sei, und dass sie lediglich den **Pflegenotstand** weiter verschärfen werde“. Ein lesenswertes Interview, **direkt aus der pflegerischen Realität**: <https://www.merkur.de/bayern/schwaben/memmingen-kurier/impfpflicht-im-gesundheitswesen-wer-versorgt-die-beduerftigen-91287599.html>

Trotz der heftigen Kritik, die ihm aus Politikerkreisen entgegenschlägt - Markus Söder scheint mit untrüglicher, politischer Witterung die **Formierung einer neuen Stimmungslage im Land** erkannt zu haben, auf die er bereits reagiert. Denn die **BILD**, immer noch ein starker Faktor in der medialen Meinungsbildung in Deutschland, **fordert die Rückkehr zur Normalität nun schon auf der Titelseite**, mit Bild vom letzten Oktoberfest aus dem Jahr 2019, am Montag, den **07.02.2022**: „Das Corona-Virus ist für unsere Gesellschaft und unser Gesundheitswesen nicht mehr die Gefahr, die es einmal war. Deshalb **fordert BILD von der Bundesregierung** und den Ländern: **Es reicht! Gebt uns unser normales Leben zurück!**“
<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/bild-fordert-gebt-uns-unser-normales-leben-zurueck-79063482.bild.html>

Und dieser **Forderung nach Normalität** wird am Mittwoch, den **09.02.2022** sogar von **Seiten der Krankenhäuser grünes Licht** gegeben. Die **Deutsche Krankenhausgesellschaft** rechnet nämlich **nicht mehr mit einer Überlastung des Gesundheitssystems** – dabei war dies ja seit „flatten the curve“ im Frühjahr 2020 immer das Hauptargument für die Maßnahmen.
<https://www.tagesschau.de/inland/coronavirus-krankenhausesgesellschaft-101.html>

Zum Übergang zur Normalität gibt es de facto **bereits ein feststehendes Datum**, den 19.03.2022. Denn an diesem Tag enden die aktuellen Corona-Maßnahmen laut Infektionsschutzgesetz. Wenn die Regeln weiter gelten sollten, müsste das Infektionsschutzgesetz wieder verlängert werden. Dafür zeichnet sich aktuell offenbar keine Mehrheit im Bundestag ab. Ein „**Freedom Day**“ am **20.03.2022** könnte das Ergebnis sein. Denn die **Union** will offenbar nun nicht mehr verlängern <https://www.merkur.de/politik/freedom-day-corona-deutschland-maerz-union-cdu-csu-regeln-fdp-gruene-spd-lauterbach-news-zr-91301860.html>, genauso wenig die **FDP**, laut ihrem Fraktionschef Christian Dürr, am Donnerstag, den **10.02.2022** <https://www.berliner-kurier.de/politik-wirtschaft/wegfall-aller-corona-regeln-fdp-nennt-datum-fuer-freedom-day-li.211162>. Bleiben also **SPD und Grüne im Bund als** aktuell offenbar **alleinige Maßnahmen-Hardliner**, nachdem die AfD die Corona-Einschränkungen bereits seit langem als überzogen kritisiert und die Linke zumindest partiell ebenfalls bereits kritisch war.

Der aktuelle verbale Schlagabtausch in der Politik ist beachtlich. Gesundheitsminister **Karl Lauterbach** „**hat mal ausgerechnet**“, wie er dem ZDF-„**Heute Journal**“ am Dienstag, den **08.02.2020** mitteilt, dass Deutschland mit „**400, 500 Toten pro Tag**“ rechnen müsse, wenn man nach dem Vorbild Israels jetzt öffnen würde. Seine Rechenlogik kennt nur er selber. Hamburgs CDU-Chef Christoph Ploß kritisiert daraufhin, **Lauterbach dürfe nicht zum „Angstminister“** werden. Bundesjustizminister Buschmann warnt zu Söders Vorgehen bezüglich der Impfpflicht-Aussetzung, die „**Tyrannie sei nicht mehr fern**“. CSU-Generalsekretär Markus Blume kontert daraufhin, „**der Dilettantismus der Ampel-Parteien schade der Demokratie**“. <https://www.tagesschau.de/inland/coronapandemie-lockerungen-103.html>

Wie es parlamentarisch mit dem Gesetzgebungsverfahren zur allgemeinen Impfpflicht weitergeht ist derweil ebenfalls unklar. So titelt **BILD** am **Mittwoch, den 09.02. 2022**: „**Impfpflichtdebatte droht auszufallen**“. Grund dafür soll sein, dass nicht alle drei Gesetzesentwürfe rechtzeitig fertig würden vor der für nächste Woche ursprünglich vorgesehenen ersten Lesung zu einem entsprechenden Impfpflicht-Gesetz.
<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/im-bundestag-impfpflicht-debatte-droht->

[auszufallen-79099304.bild.html](https://www.bild.de/auszufallen-79099304.bild.html) Tatsächlich ist in der Tagesordnung des Bundestages bis Redaktionsschluss dieser Chronik noch nichts dazu vermerkt. Die Süddeutsche Zeitung präzisiert am Donnerstagabend, **10.02.2022**, dass der **Gesetzesentwurf für eine Impfpflicht Ü50 unter Federführung von FDP-Politiker Andrew Ullmann nicht rechtzeitig fertig würde und damit die erste Lesung im Bundestag erst in mehr als einem Monat möglich sei**, nämlich in der Woche vom 14. März <https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-impfpflicht-bundestag-gesetz-1.5526269>

Im Kontext der Impfpflicht-Diskussion tritt mit dem **Präsidenten des Bundessozialgerichtes, Rainer Schlegl**, ein bisher unauffälliger Akteur am Dienstag, den **08.02.2022** mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit, der sofortige Rücktrittsforderungen zur Folge hat. Er **fordert**, dass sich **ungeimpfte Corona-Patienten in angemessener Höhe an den Kosten ihrer Behandlung im Krankenhaus zu beteiligen hätten**, „es solle dem Versicherten weh tun“. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ungeimpfte-sollen-kosten-im-krankenhaus-teilweise-mittragen-17789788.html> Die Aussage **stößt in breiten Kreisen auf Entsetzen**, z.B. **bei der Kassenärztlichen Vereinigung**, die das **Solidaritätsprinzip damit aufgekündigt** sehen würde, keine gesetzliche Grundlage sieht und von einem **absurden Vorschlag** spricht. <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/umstrittener-vorschlag-sollen-ungeimpfte-an-corona-behandlungskosten-beteiligt-werden,ungeimpfte-bundessozialgericht-100.html> Die „**Anwälte für Aufklärung**“ argumentieren zudem, Rainer Schlegl habe „deutlich gemacht, dass er die aus dem Mäßigungsgebot und der Gewaltenteilung folgenden **Verhaltensleitlinien für Richter** insbesondere auch an den Obersten Bundesgerichten **für unbeachtlich halte**. Prof. Dr. Rainer Schlegl habe dadurch **grundlegende Pflichten eines Präsidenten des Bundessozialgerichts verletzt**.“ <https://afaev.de/herr-prof-dr-rainer-schlegel-treten-sie-zurueck/>

Von der **Omicron Entdeckerin** aus Südafrika, der Medizinerin **Angelique Coetsee**, erfährt die deutsche Öffentlichkeit nach einem Interview mit der Welt am Donnerstag, den **10.02.2022**, **dass sie massiv unter Druck gesetzt worden sei, nicht der Wahrheit Ausdruck zu geben**, dass es sich bei den Erkrankungen mit Omicron um milde Verläufe handelt. „Mir wurde gesagt, **ich solle öffentlich nicht erklären, dass es eine milde Erkrankung sei**“, so Angelique Coetsee. „Ich wurde gebeten, von derartigen Äußerungen Abstand zu nehmen und zu sagen, es sei eine ernste Erkrankung. Das habe ich abgelehnt.“ Dieser **Druck** kam dabei nicht aus Südafrika sondern vielmehr **aus Europa**, unter anderem von **Wissenschaftlern** aus den Niederlanden und Großbritannien. Sie fügt hinzu, dass sie **glaube, dass die Regierungen „überreagiert“ hätten**. https://www.focus.de/gesundheit/coronavirus/druck-von-regierungen-omikron-entdeckerin-ich-sollte-nicht-oeffentlich-ueber-milderen-verlauf-sprechen_id_51894550.html Das eine oder andere deutsche Regierungsmitglied tut dies ganz offenbar immer noch.

4. Politische Entscheidungen und Maßnahmen

Bund

Fast einen Monat, nachdem der Gesetzgeber es **Apotheken** ermöglicht hat, an der **bundesweiten Impfkampagne** teilzunehmen, starten am Dienstag, den **08.02.2022** etwa 480 von 18.500 Apotheken in Deutschland mit Corona-Impfungen. Rund 6000 Apothekerinnen und Apotheker hätten die Schulungen dazu absolviert, heißt es.

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/impfstart-apotheken-101.html>;
<https://www.br.de/nachrichten/bayern/impfstart-in-apotheken-ein-wenig-zu-spaet-dran,SwmKsc6> Neben Impfzentren und Hausarztpraxen sind sie **nun die dritte Anlaufstation** für **Impfwillige**, von denen es allerdings **inzwischen deutlich weniger gibt** als noch im Dezember <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1195129/umfrage/taegliche-impfungen-gegen-das-coronavirus-in-deutschland-seit-beginn-der-impfkampagne/>. Pro Impfung erhalten Apotheker dieselbe Geldpauschale wie Ärzte: 28 Euro pro Impfung während der Woche und 36 Euro am Wochenende.

Am Donnerstag, den **10.02.2022** ändert der Bundestag die umstrittene Genesenen-Regelung für den Zugang zum Plenarsaal und zu Ausschusssitzungen. Vom kommenden Montag an **wird auch dort der durch das Robert Koch Institut auf drei Monate verkürzte Genesenen-Status gelten**, statt der bisherigen Alt-Regelung mit sechs Monaten. <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/131700/Bundestag-aendert-umstrittene-Genesenenregelung-fuer-Plenarsaal>

Die **CDU und CSU im Bundestag** gibt in **Sachen Impfpflicht** erstmal dem **Aufbau eines Impfreisters** den Vorrang. Einen **Impfpflichtbeschluss zum jetzigen Zeitpunkt lehne die Fraktion ab**, erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der Fraktion, **Tino Sorge** am Freitagabend, **11.02.2022** im ZDF <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-tino-sorge-union-cdu-impfpflicht-100.html>. Die Fraktion hat **in einem Antrag im Bundestag** einen sogenannten **Impfvorsorge-Mechanismus** skizziert, **der eine abgestufte Impfpflicht auslösen können soll**, etwa nach Altersgruppen oder auch Branchen, wenn entsprechende Infektionslagen im Herbst oder auch später dies nötig machen würden. In einem ersten Schritt soll **dazu nun doch ein nationales Impfreister** aufgebaut werden, um insgesamt die Datenlage für künftige Wellen auf eine bessere Basis zu stellen. Auf ein solches Impfreister will Gesundheitsminister Karl Lauterbach, Befürworter einer schnellen allgemeinen Impfpflicht ab 18 Jahren, bisher explizit verzichten, auch weil die Einführung länger dauern würde. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-union-impfmechanismus-100.html>

Ebenfalls am Freitag, den **11.02.2022 konkretisiert** die **Gruppe der „Ampel-Parlamentarier“** um Dirk Wiese, Janosch Dahmen, Marie-Agnes-Strack Zimmermann und weitere **ihre bisher als „Eckpunkte“ vorgelegten Ideen in einem Gesetzesentwurf**. Dabei **plädiert Olaf Scholz** am gleichen Tag **bei seiner Antrittsrede im Bundesrat nochmals für die Impfpflicht**, warnt vor zu raschen Lockerungen und kündigt sie gleichzeitig als Thema für das Bund-Länder-Treffen der kommenden Woche an. <https://www.dw.com/de/ampel-abgeordnete-pr%C3%A4sentieren-entwurf-f%C3%BCr-corona-impfpflicht-ab-18-jahren/a-60741887> Beinahe **scheint es**, als ob die einzelnen Gruppen und Fraktionen jetzt **zwanghaft rudimentär skizzierte Vorschläge einbringen**, da man dies angekündigt hatte, und **um am Ende nur ja irgendetwas durchs Parlament zu bringen, was die Menschen** im Falle höherer Infektionszahlen **im Herbst zu irgend etwas verpflichtet**. Sinnhaftigkeit als Kriterium scheint obsolet.

Bayern

Das **Bayerische Kabinett** beschließt am Dienstag, den **08.02.2022**, was Markus Söder im Wesentlichen bereits am Vortag avisiert hatte. Die Sperrstunde fällt in der Tat weg, Stadien und Theater dürfen mehr Zuschauer einlassen. Beim Besuch von Bädern genügt künftig ein

Impf- oder Genesenennachweis, ein zusätzlicher Test ist nicht mehr nötig. Friseure und Nagelstudios dürfen auch wieder ungeimpfte Kunden bedienen, allerdings nur mit einem aktuellen Test. An den Schulen und für Kinder und Jugendliche im Allgemeinen gibt es keine Lockerungen oder Erleichterungen. <https://www.br.de/nachrichten/meldung/ab-morgen-keine-sperrstunde-mehr-in-bayerns-gastronomie,30046880b>

Zudem wird der **Bayerische Landtag gebeten**, in seiner Sitzung vom 15. Februar für Bayern das weitere Bestehen einer epidemischen Lage und in der Folge **die weitere Anwendbarkeit der in § 28a Infektionsschutzgesetz dafür vorgesehenen Befugnisse** festzustellen. Auch wird **beschlossen, die Impfzentren bis zum 31.12.2022 fortzuführen** und dafür Planungssicherheit zu schaffen. Damit bereite sich die Staatsregierung frühzeitig „**unter anderem auf Impfungen mit weiteren Impfstoffen (z. B. Varianten-angepasste Impfstoffe, Impfstoffe für unter 5-Jährige) sowie auf die mögliche Einführung einer allgemeinen Impfpflicht vor.**“ <https://www.bayern.de/bericht-aus-der-kabinettsitzung-vom-8-februar-2022/> Trotz Söders Ankündigungen vor der Presse - ein „Einstieg in einen langfristigen Ausstieg“ aus der aktuellen Corona-Maßnahmen Politik würde anders klingen.

5. Juristische Prozesse und Entscheidungen

Am Freitag, den **11.02.2022** wird die am Vortag durch das **Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe** ergangene **Entscheidung veröffentlicht**, in der dieses den Eilantrag gegen die Pflege-Impfpflicht ablehnt. Bis zum 3. Februar waren in Karlsruhe bereits **74 Verfassungsbeschwerden** gegen die Corona-Impfpflicht für Pflege- und Gesundheitspersonal eingegangen. **Darüber wurde noch nicht entschieden**. Die Richterinnen und Richter nahmen **im Eilverfahren nur eine Folgenabwägung** vor. Sie prüften, was aus ihrer Sicht die schlimmeren Konsequenzen hätte: wenn sie erst einmal alles laufen lassen, obwohl die Klagen berechtigt wären - oder wenn sie die Impfpflicht vorübergehend aussetzen und sich diese später als verfassungsgemäß herausstellt. Diese **Abwägung ging zum Nachteil der Klägerinnen und Kläger aus**. „Der **sehr geringen Wahrscheinlichkeit von gravierenden Folgen einer Impfung** steht die deutlich **höhere Wahrscheinlichkeit einer Beschädigung von Leib und Leben vulnerabler Menschen** gegenüber“, teilte das Gericht mit. Die Impfpflicht begegne „zum Zeitpunkt dieser Entscheidung keinen durchgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken“ <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/bundesverfassungsgericht-entscheidet-ueber-corona-impfpflicht-in-pflege,Sx41b9a>

Dass die zu erwartende **Nicht-mehr-Erbringung von Pflegeleistungen** aufgrund der **Abwanderung des Personals** in die Folgenabschätzung einging, muss bezweifelt werden. Die **wissenschaftlichen Annahmen**, auf die sich das Gericht stützt, dass nämlich eine Impfung mit den real existierenden COVID-19-Impfstoffen die Infektion mit Omicron oder die Weitergabe dieser Virusvariante unterbinden könne, sind **faktisch längst überholt**. Hier **hat die Propaganda über die Wissenschaft gesiegt**, kommentieren die **Anwälte für Aufklärung**. <https://afaev.de/der-sieg-der-propaganda-ueber-die-wissenschaft/>

Die **Verfassungsrichter** merken allerdings zumindest **kritisch** an, dass im Gesetz nichts Genaueres zum **Impf- und Genesenennachweis** stehe und dort lediglich auf eine Verordnung mit weiteren **Verweisen auf Internetseiten** des **Paul-Ehrlich-Instituts (PEI)** und des **Robert Koch-Instituts (RKI)** verwiesen werde. Dies deckt sich mit der kritischen **Sichtweise des**

Verwaltungsgerichts Osnabrück, das am 04.02.2022 bereits ebenfalls die Verfassungsmäßigkeit dieser Art der Festsetzung des Genesenen-Status bemängelt und den Landkreis Osnabrück verpflichtet hatte, dem Kläger einen sechs Monate umfassenden Genesenen-Status auszustellen. Aus Sicht des Osnabrücker Gerichts hat der Genesenen-Status und damit seine Dauer eine hohe Bedeutung für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Dass die Dauer durch einen Hinweis auf der Internetseite des RKI auf aktuell 90 Tage beschränkt wurde, verstößt nach Ansicht der Osnabrücker Richter gegen Verfassungsrecht. Es **fehlt an einer Rechtsgrundlage, diese Entscheidung an das RKI zu delegieren.** <https://www.rnd.de/politik/verkuerzung-des-genesenenstatus-verwaltungsgericht-osnabrueck-sieht-verfassungswidrigkeit-DHX6IKNCHTWFJKHDI7A6GOPE4.html>

Dieses Urteil hat allerdings keine Allgemeingültigkeit. Der Kampf um den Genesenen-Status mit der offenen Frage der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes und seiner Umsetzung durch Regierung und Behörden geht also erstmal weiter.

6. Gesellschaftliche Reaktionen

Der Wert der verschiedenen „G-Statii“ wird auch davon abhängen, welche Bedeutung in den kommenden Wochen der immer umfangreicher werdenden Testerei noch zukommt. Wenn es nach **Andreas Gassen** geht, **Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV)**, soll es die **routinemäßigen Corona-Tests in Deutschland bald nicht mehr geben.** „Aufwand und Nutzen stehen in keinem angemessenen Verhältnis mehr“, sagte Gassen dem Redaktionsnetzwerk Deutschland zu Mitternacht am Freitag, den **11.02.2022.** „Es macht **perspektivisch und medizinisch wenig Sinn, täglich Millionen von Menschen anlasslos zu testen, wenn am Ende gegebenenfalls eine für das Individuum ungefährliche Infektion festgestellt** wird.“ „Die **Schweden haben das richtigerweise erkannt** und das Testen weitgehend eingestellt“, betonte er. <https://www.rnd.de/politik/kassenaerzte-chef-gassen-fordert-neue-corona-test-strategie-und-klare-oeffnungsperspektive-XC6KACSGH5FI7FND2TLNIWES5Q.html> Eine längst überfällige Feststellung mit einer interessanten Referenz auf ein Land, das aus deutscher Sicht ja für lange Zeit während der Pandemie angeblich äußerst verantwortungslos agierte, offenbar aber die jetzigen **gesellschaftlichen Realitäten besser erkennt und entsprechend handelt.**

Vieles macht aktuell nicht nur keinen Sinn, sondern ist dazu noch grausam. Eine der traurigen Schlagzeilen, die illustrieren, wie hart und herzlos die Regeln zum Umgang mit Ungeimpften mittlerweile sind, kommt von Focus am Montag, den **07.02.2022:** „**Herzkrankes Kind darf nicht in Frankfurt operiert werden – weil die Eltern ungeimpft sind**“ https://www.focus.de/gesundheit/arzt-klinik/absagen-aus-drei-laendern-herzkrankes-kind-darf-in-frankfurt-nicht-operiert-werden-weil-die-eltern-ungeimpft-sind_id_47548057.html Es handelt sich um einen **dreijährigen Jungen aus Zypern**, der wegen einer schweren Herzerkrankung dringend auf eine lebensrettende Operation wartet. In seinem Heimatland fehlt es dafür an der Ausstattung. Andernorts, wie in Frankfurt, an der Bereitschaft. **Zwar gäbe es kein Gesetz, das den Ärzten vorschreibt, ungeimpfte Menschen abzuweisen.** Jedoch **habe jedes Krankenhaus sein eigenes Recht zu entscheiden**, wer behandelt werden soll, so eine Sprecherin des Gesundheitsamts der Europäischen Kommission, laut dem Focus. Der Junge darf jetzt wohl in einem privaten Krankenhaus in Griechenland operiert werden. Und alle Ungeimpften dürften ahnen, was ihnen bevorsteht.

Der **kanadische Trucker-Streik** weitet sich in dieser Woche noch weiter aus, zeigt aber auch erste Wirkung. Nach Massenprotesten in **Ottawa**, wo der **Notstand** ausgerufen wurde, https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/id_91615024/ottawa-protestaktion-von-kanadischen-truckern-notstand-ausgerufen.html weil tausende Trucks die Innenstadt blockierten und Zehntausende Bürger in Solidarität mit den Truckern gegen die Corona-Maßnahmen demonstrierten, **blockieren** am Montag, den **07.02.2022 hunderte Lastwagen die Grenzbrücke „Ambassador Bridge“**, welche die kanadische Provinz Ontario mit dem US-Bundesstaat Michigan verbindet. Seit Dienstag, **08.02.2022** ist eine Spur Richtung USA wieder befahrbar. Pro Tag überqueren normalerweise etwa 8000 Lastwagen diese Grenze, 75 Prozent der kanadischen Exporte gehen in die USA. <https://www.dw.com/de/kanadische-trucker-blockieren-br%C3%BCcke-zu-den-usa/a-60709470>

Am Mittwoch, den **09.02.2022** wird berichtet, dass **mehrere Provinzen des Landes nun Lockerungen ankündigen**. Die Provinz **Saskatchewan** will fast alle Beschränkungen aufheben, darunter bereits ab der kommenden Woche die Pflicht zur Vorlage eines Impfnachweises im Restaurant, **Provinzpremierminister Scott Moe bezeichnet viele Corona-Maßnahmen als überholt**. Auch die Provinzen **Québec** und **Alberta** kündigen schrittweise Aufhebungen der Maßnahmen an <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-02/kanada-provinzen-abschaffung-corona-massnahmen-pandemie>

Der **als Freiheitskonvoi der Trucker gegen rigide Impfnachweiskontrollen** im Januar gestartete Protest ist **inzwischen in Kanada zu einem breiteren Protest gegen die Politik von Premier Justin Trudeau geworden, global dagegen zu einem Sinnbild für Proteste gegen freiheitseinschränkende, Grundrechte verletzende und die Wirtschaft strangulierende Corona-Maßnahmen der Regierungen** im Allgemeinen.

An die kanadischen Demonstrationen angelehnte Konvois gibt es inzwischen auch in Australien und Neuseeland. Die **Zeit** berichtet zudem am Donnerstag, den **10.02.2022** unter Berufung auf US-Medien, dass **auch die Vereinigten Staaten am kommenden Wochenende mit einem Trucker-Konvoi rechnen müssten**. Für Aufregung sorgt eine Warnung des US-Heimatschutzministeriums, wonach sich ein Konvoi nach kanadischem Vorbild bereits am Sonntag aus Kalifornien ins Tausende Kilometer entfernte Washington in Bewegung setzen könnte. [https://www.zeit.de/news/2022-02/10/kanadas-besetzte-hauptstadt#:~:text=Ottawa%20\(dpa\)%20%2D%20Als%20vergangenen,Impfpflicht%20f%C3%BCr%20ihren%20Berufszweig%20demonstrieren.](https://www.zeit.de/news/2022-02/10/kanadas-besetzte-hauptstadt#:~:text=Ottawa%20(dpa)%20%2D%20Als%20vergangenen,Impfpflicht%20f%C3%BCr%20ihren%20Berufszweig%20demonstrieren.)

Auch in Österreich, Deutschland und Frankreich gibt es Formierungen zu Protestkonvois. Eine entsprechende **Anmeldung** für Freitag, den **11.02.2022** in **Wien** mit bis zu 3.000 Fahrzeugen und 10.000 Personen für eine anschließende Kundgebung wurde **nicht genehmigt**. Die Polizei führt in der Begründung der Untersagung am Donnerstag, den **10.02.2022** u.a. an, dass Hinweise vorliegen, dass Demo-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer „ihre Fahrzeuge als Blockademittel verwenden werden, um den innerstädtischen Verkehr völlig lahmzulegen“. <https://www.derstandard.at/story/2000133268596/polizei-untersagt-corona-autokonvoi-der-wien-lahmlegen-sollte>

Der Protest in Wien lässt sich allerdings nicht gänzlich unterbinden. So hat die Stadt Wien die als Abschlusskundgebung geplante Veranstaltung am Heldenplatz am Freitag, den **11.02.2022**

ab 18:00 entgegen erster Pläne doch nicht untersagt. Laut Bericht der Polizei vom Freitagnachmittag haben es sehr wohl einzelne Kolonnen und Korsos in die Innenstadt geschafft, Fahrzeuge sind mit österreichischen und kanadischen Fahnen unterwegs. <https://kurier.at/chronik/wien/corona-demo-am-wiener-heldenplatz-doch-nicht-untersagt/401902360>

Aus allen Richtungen **gen Berlin** sollte es für protestwillige Lastwagenfahrer ab Montag, den **07.02.2022** gehen. Diesem ersten Aufruf folgten jedoch offenbar nur wenige, weshalb erstmal **kein Konvoi zustande kam**. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/freedom-convoy-nach-kanadischem-vorbild-corona-demonstranten-mobilisieren-zu-lkw-protesten-nach-berlin/28045408.html>.

Paris versucht, ähnlich wie Wien, **einen Freedom Convoy Protest**, der sich bereits in Südfrankreich auf den Weg gemacht hat, **von der Hauptstadt fernzuhalten**. Ein motorisierter Protest in der Stadt sei vom 11.-14. Februar untersagt, mit Strafandrohungen von bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe, Geldstrafen von €4.500,- und Entzug des Führerscheins, so Reuters https://www.reuters.com/world/europe/paris-police-authority-bans-french-freedom-convoy-protests-capital-2022-02-10/?utm_source=Sailthru&utm_medium=email&utm_term=The%20Reuters%20Daily%20Briefing&utm_content=10-2-22&utm_campaign=10-2-22 Allerdings ist die französische Bevölkerung streikerprobt und scheut dabei auch nicht vor rabiateren Methoden zurück, sie hat ihre Regierungen schon oft das Fürchten gelehrt, erst unlängst mit der Gelbwestenbewegung („gilets jaunes“). So sind **am Freitagnachmittag** offenbar mittlerweile **im großen Stil und aus allen Richtungen des Landes Konvois auf dem Weg nach Paris**. <https://www.theguardian.com/world/2022/feb/11/french-freedom-convoys-head-towards-paris-police-checkpoints>

Die **Regierungen** der im Corona-Kontext **restriktiv regierten europäischen Länder** haben ganz offenbar **wenig Verständnis für ihre Bürger**, die sich von dem amerikanischen Freiheitsgedanken inspiriert sehen und ähnliche Lockerungen fordern, wie sie in europäischen Nachbarstaaten bereits Realität sind. Je nach nationalem Gemüt fügen sich die Bürger dann ihren Regierungen, oder auch nicht.

Dabei könnten die Regierungen in der jetzigen Lage doch eigentlich einfach nur wieder „auf die Wissenschaft“ hören. So **plädiert** der Bonner Virologe **Hendrik Streeck**, Mitglied des Expertenrates der Bundesregierung, am Freitag den **11.02.2022** für eine **vorsichtige Rückkehr zur Normalität** und dafür, **dass man die Unterschiede zwischen Geimpften und Ungeimpften jetzt abschaffen könne**. <https://www.zeit.de/news/2022-02/11/streeck-fuer-gleichheit-von-geimpften-und-ungeimpften>. Letzterem Vorschlag würden sich wohl auch alle internationalen Trucker und die deutschen Corona-Spaziergänger anschließen.

ENDE